

Gestern Drehscheibe, Morgen Enklave?

Fakten zu einem EU-Beitritt der Schweiz

Inhalt

Die EU ist in Entwicklung	2
Die Rolle von Kleinstaaten in der Europäischen Union	3
Aussenpolitik, Neutralität	4
Freier Personenverkehr,	5
Arbeitslosigkeit	5
Volksrechte, Demokratie	6
Wirtschaft, Währung	7
Beiträge, Steuern, Zinsen	8
Alternativen zum EU-Beitritt?	9
Eine kurze Geschichte der EU	10



NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ
NOUVEAU MOUVEMENT EUROPÉEN SUISSE
NUOVO MOVIMENTO EUROPEO SVIZZERA

Die EU ist in Entwicklung

Der Europäischen Union wird seit ihrer Gründung bei jeder Änderung und Erweiterung das Scheitern vorausgesagt. Tatsächlich aber ging sie aus jeder Krise grösser und stärker hervor. Seit 1956, Schritt um Schritt. Als Jahrhundertwerk.

Der Grundgedanke: Frieden und Wohlstand

Die EU ist die Antwort auf die Konflikte und Kriege, die Europa vor 1945 während Jahrhunderten erschüttert und verwüstet haben. Weitsichtige PolitikerInnen und BürgerInnen wollten einen dauerhaften Frieden zwischen den alten Erzfeinden Frankreich und Deutschland sowie Wohlstand für den ganzen Kontinent sichern.

Gleiche Interessen wie die Schweiz

Die EU ist eine Wertegemeinschaft und ein Verbund von demokratischen Staaten, die erkannt haben, dass ein einzelner Staat die grossen Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr alleine bewältigen kann. Die Ziele der EU sind auch die Ziele der Schweiz: Sicherung von Menschenrechten, Frieden und Freiheit, Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der BürgerInnen sowie Stabilität der europäischen Wirtschaft.

Die EU entwickelt sich positiv

Wirtschaftlich gesehen ist die EU ein Erfolgsmodell. Sie ist auch in der Lage, sich selbst immer wieder kritisch zu hinterfragen und Mängel zu beheben. So hat sie in mehreren Schritten die Rolle des Parlaments gestärkt, der Bürokratie und der Korruption einen Riegel geschoben und die Dezentralisierung wirksam eingeleitet. So erzwang das Parlament zum Beispiel Anfang 1999 den Rücktritt der Kommission. Mit der Osterweiterung führt sie den schwierigen Weg der Friedenssicherung auf dem Kontinent entschlossen fort.

Die EU ist und wird immer eine Baustelle sein

Die EU ist wie die Schweiz in dauerndem Wandel begriffen und nie fertig entwickelt. Wer also wartet, bis die EU perfekt ist, wird ihr nie beitreten können!

Die Schweiz hätte viel beizutragen

Gegenwärtig ist die EU wieder enorm in Bewegung: Euro, Osterweiterung, Reform der Institutionen. Vor allem im Bereich der Demokratisierung und vermehrten Transparenz fallen in den nächsten Jahren bedeutende Entscheidungen. Die Schweiz könnte hier wichtige Impulse setzen und Erfahrungen einbringen – sofern sie Mitglied wäre!

Die Rolle von Kleinstaaten in der Europäischen Union

Mehr Einfluss als die Kleinkantone Appenzell und Glarus in der Schweiz haben die Kleinstaaten Luxemburg oder Belgien in der EU. Für die Schweiz gilt: je später der Beitritt, desto mehr ist das europäische Haus schon bestellt.

In der EU gibt es einige mit der Schweiz vergleichbare Kleinstaaten

Zu den EU-Gründungsmitgliedern gehören Kleinstaaten wie die Niederlande, Luxemburg und Belgien. Seither sind der Schweiz grössenmässig vergleichbare Staaten wie Irland oder Österreich dazugekommen. Die Schweiz ist flächen- und einwohnermässig ein kleines Land, innerhalb Europas aber im Mittelfeld und wirtschaftlich zu den Spitzenreitern zu zählen, was ihr in der EU gewichtigen Einfluss sichern würde.

Die EU ist föderalistisch

Entgegen dem gängigen Bild vom zentralistischen Moloch sind im Ministerrat, dem wichtigsten Gremium alle Mitgliedstaaten mit je einem(r) MinisterIn vertreten – eine föderalistische Lösung, wie unser Ständerat.

Die EU schützt kleine Staaten – wie die Schweiz ihre Kantone

In den Entscheidungsgremien der EU (Parlament, Ministerrat und Kommission) sind Kleinstaaten überproportional vertreten, falls mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt wird. In der Praxis wird bis zum Schluss der Konsens gesucht. Wenige Fragen werden mit Mehrheitsbeschluss entschieden, nie aber vitale Interessen der Mitgliedstaaten verletzt.

EU-Politik ist ein Marktplatz

Gerade weil eben die Grossen die Kleinen nicht einfach überstimmen können, wird in der EU viel «gefeilscht». Für jedes Geschäft werden Verbündete gesucht. So könnte die Schweiz beispielsweise Dänemark bei den Fischfangquoten unterstützen (ein Bereich, der die Schweiz nicht direkt interessiert), im Gegenzug würden uns die Dänen bei der Durchsetzung einer ökologischen Verkehrspolitik für den Alpenraum helfen.

Kleinstaaten bestätigen: «Unser Einfluss in der EU ist gewaltig!»

Fragt man VertreterInnen von Kleinstaaten, bestätigen alle ihren grossen Einfluss auf die EU-Politik. Vor allem im Rahmen ihrer halbjährigen EU-Präsidentschaft (jeder Mitgliedstaat übernimmt für sechs Monate das Präsidium der EU) können auch kleinere Staaten durchaus wichtige Akzente setzen. So konnte Österreich z. B. die seit einigen Jahren schleppend verlaufenen bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz im Dezember 1998 abschliessen und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit sechs Kandidatenländern durchsetzen.

Aussenpolitik, Neutralität

Der Frieden in grossen Teilen Europas – damit auch in unserem Land – ist das politische Verdienst der EU. Aber unser Nutzniesser-Verhalten – d.h. profitieren, ohne beizutragen – schadet dem Image der Schweiz je länger je mehr.

Kein Widerspruch zur Neutralität

Die EU ist kein Militärbündnis. Neutrale Länder wie Schweden, Finnland, Irland und Österreich haben auch in der EU ihre Neutralität beibehalten. Wenn sie es will, kann die Schweiz der EU beitreten und neutral bleiben. Sie ist auch nicht verpflichtet, an allfälligen gemeinsamen Militäroperationen der EU teilzunehmen.

Neutralität – ein überholtes Konzept?

Die schweizerische Neutralität stammt aus der Zeit, als Nationalismus und Krieg unter den europäischen Grossmächten herrschten. Seit über 50 Jahren ist Krieg in Westeuropa aber undenkbar. Dies ist unbestreitbar ein Verdienst der EU. Macht die Neutralität in der heutigen Form da noch Sinn? Soll man gegenüber Diktatoren wie Saddam Hussein oder Milosevic neutral bleiben, oder sollten wir nicht zusammen mit unseren Nachbarstaaten solche Gefahren für unsere Sicherheit bekämpfen?

NATO oder EU?

Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Sie sorgte und sorgt für die Abschreckung gegen äussere Feinde. Doch die friedliche Entwicklung in Europa seit dem 2. Weltkrieg ist vor allem der deutsch-französischen Aussöhnung und der wirtschaftlichen Integration in der Europäischen Gemeinschaft zu verdanken.

Die EU und die Kriege auf dem Balkan

Zu Unrecht wird der EU vorgeworfen, die Kriege auf dem Balkan weder verhindert noch Frieden hergestellt zu haben. Der Vorwurf an einzelne Mitgliedstaaten ist aber berechtigt: die EU hat erst seit dem Maastrichter Vertrag (1993) überhaupt eine Grundlage für eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik. Diese steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Eine Lehre ist aus den Dramen in Jugoslawien zu ziehen: Europa braucht nicht weniger, sondern mehr gemeinsame Politik. Nur so können in Zukunft europäische Konflikte von den EuropäerInnen selbst gelöst werden.

Freier Personenverkehr, Arbeitslosigkeit

Im Personenverkehr hat die Schweiz – sowohl als Aus- wie als Einwanderungsland – eine lange Erfahrung, die gleichzeitig Grundlage der Toleranz und damit des «Modells Schweiz» ist. Eine Abkehr davon würde unsere freiheitliche Identität in Frage stellen.

Eine der europäischen Grundfreiheiten

Seit 1993 sind in der EU die Grenzkontrollen abgeschafft. Nur EWR- und EU-BürgerInnen können sich innerhalb der 18 Staaten frei bewegen, studieren, Arbeit suchen und sich niederlassen. SchweizerInnen sind davon ausgeschlossen.

Die Arbeitslosigkeit in der EU ist hoch...

Im Durchschnitt hat die EU fast eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie die Schweiz. In Spanien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit z. B. gegen 25 Prozent.

... schwankt aber regional beträchtlich.

So haben Luxemburg (3.9%), die Niederlande (4.4%), Dänemark (5.4%) oder Österreich (4.2%) sowie Süddeutschland, die Lombardei oder Vorarlberg vergleichbare Arbeitslosenzahlen wie die Schweiz (3.9%) (alle Zahlen 1998). Dies zeigt, dass vor allem die Kleinstaaten in der EU und die höher entwickelten Regionen ihre Arbeitslosigkeit im Griff haben, und dass EU-Mitgliedschaft und Arbeitslosenquote nichts miteinander zu tun haben.

Arbeitslosigkeit wird auch nicht «exportiert»

Die Erfahrungen der drei 1995 der EU beigetretenen Staaten Österreich, Schweden und Finnland beweisen, dass die Arbeitslosigkeit nach dem Beitritt nicht steigt. Im Gegenteil: der Binnenmarkt verstärkt durch den Abbau von Grenzhindernissen und die Erhöhung der Konkurrenz das Wachstum.

Lohndumping wird bekämpft

Um dem Lohndumping einen Riegel zu schieben, hat die EU eine Entsenderichtlinie verabschiedet, die für ausländische, temporär «entsendete» ArbeitnehmerInnen aus der EU in einem anderen EU-Land die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für die dort einheimischen Arbeitskräfte vorschreibt.

Freier Personenverkehr nützt allen...

Den BürgerInnen, weil sie schrankenlos in der ganzen EU und im EWR ihre Kenntnisse und ihre Arbeitskraft anbieten können. Der Wirtschaft, weil sie nötigenfalls ihre Arbeitskräfte unter 370 Millionen Menschen rekrutieren kann. Den Lehrlingen und StudentInnen, weil ein Praktikum oder Studium in einem anderen EU-Land kein Problem mehr ist, die EU und der Heimatstaat sogar Subventionen dafür ausrichten. Den RentnerInnen, weil sie in der EU schrankenlos reisen oder sich in einem Mitgliedstaat einfacher niederlassen können.

... bringt aber auch Gefahren...

Durch den Fall der Grenzkontrollen bewegt sich auch die organisierte Kriminalität (DrogenhändlerInnen, Auto- oder WaffenschlepperInnen, Einbruchtouristen) frei in Europa. Abgewiesene Asylsuchende versuchen in einem anderen EU-Land ein neues Aufenthaltsrecht zu erhalten.

...die man abbauen muss.

Zu diesem Zweck existieren in der EU zwei Abkommen, kurz «Schengen» und «Dublin» genannt. Diese verstärken die Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden und der Richter innerhalb der EU. Abgewiesene Asylbewerber können nicht von neuem in einem anderen EU-Land um Asyl ersuchen.

Die Schweiz ist hier nicht dabei!

Als EU-Nichtmitglied profitiert die Schweiz durch das bilaterale Abkommen vom freien Personenverkehr, kann aber an den Auffangmassnahmen (Schengen/Dublin) nicht teilnehmen. Die Schweiz wird somit immer mehr zum Zielland von organisierter Kriminalität und von abgewiesenen Asylbewerbern.

Volksrechte, Demokratie

Rund 80% der Initiativen und Referenden würden vom EU-Beitritt nicht berührt. Die politischen Strukturen des 19. Jahrhunderts bedürfen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ohnehin der Erneuerung.

Initiative und Referendum bleiben erhalten

Bei einem EU-Beitritt bleiben die direktdemokratischen Instrumente Volksinitiative und Referendum erhalten. Diese Rechte könnten zudem auch ausgebaut werden (z. B. konstruktives Referendum). Auch gewisse EU-Länder haben Elemente der direkten Demokratie (Italien, Dänemark, manche deutsche Bundesländer), in Holland wird darüber diskutiert.

Einschränkungen bei den Abstimmungsthemen

EU-Recht bricht Landesrecht, so wie Bundesgesetze über den kantonalen Gesetzen stehen. Deshalb könnte über Bereiche, welche in die ausschliessliche Kompetenz der EU fallen, nicht mehr oder nur noch beschränkt abgestimmt werden. Schon heute ist die direkte Demokratie eingeschränkt, beispielsweise wenn zwingendes Völkerrecht verletzt wird. In allen anderen Bereichen bleibt die Souveränität des Schweizervolkes erhalten. Das Europa-Institut Zürich hat 46 obligatorische und 278 fakultative Referenden (Zeitraum 1.1.93 – 30.6.98) untersucht: Von den obligatorischen Referenden hätten nur deren 4% potentiell und 7 % tatsächlich übergeordnetes EU-Recht verletzt. Bei den fakultativen Referenden wären 11% potentiell und 14% tatsächlich betroffen gewesen. Diese Zahlen bedeuten nicht, dass die Abstimmungen nicht hätten stattfinden können; eventuell wären kleinere Anpassungen nötig gewesen.

Wahlen

Auch bei den Wahlen in Bund und Kantonen ergibt sich keine Änderung. Auf Gemeindeebene erhalten niedergelassene EU-BürgerInnen, und nur diese, das aktive und passive Wahlrecht.

Abbau der Volksrechte kompensiert durch Einfluss in EU

Der EU-Beitritt bringt zusätzliche Volksrechte: Das Schweizervolk könnte Abgeordnete ins EU-Parlament wählen, welches immer mehr Kompetenzen erhält. Ausserdem erhielten SchweizerInnen, welche in einem EU-Land leben, das kommunale Wahlrecht.

Alle EU-Mitgliedsländer sind bewährte Demokratien. Zwar hat die EU nach wie vor ein gewisses Demokratiedefizit. Nur durch einen EU-Beitritt kann die Schweiz ihre demokratischen Traditionen in Europa einbringen. Ausserdem sind in der EU gerade heute mannigfaltige Bestrebungen im Gang, mehr Demokratie einzuführen.

Wirtschaft, Währung

Die EU ist unsere wirtschaftliche Lebensader. Als Enklave zu Land, Luft und Wasser haben wir das vitale Interesse an gleichberechtigten, reibungslosen Beziehungen zu unseren 370 Millionen europäischen Nachbarn.

Ein Wirtschaftsraum ohne Grenzen

Die EU ist der grösste Wirtschaftsraum der Welt, grösser als die USA. Rund um die Schweiz verkehren Güter, Dienstleistungen, Kapitalströme und vor allem Menschen ohne Zölle und Grenzkontrollen.

Gut für die Wirtschaft, gut für die KMU

Nicht die Grossunternehmungen profitieren bei einem EU-Beitritt, sondern vor allem die kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU). Eine KMU kann nicht überall im Ausland Filialen eröffnen wie ein multinationales Unternehmen. Sie ist darauf angewiesen, freien Zugang zu anderen Märkten zu haben. Die EU ist der grösste Exportmarkt der Schweiz: 59.7% unserer Exporte gingen 1997 in ihre 15 Mitgliedstaaten. Gerade für die in der Spitzentechnologie tätigen Unternehmen ist es wichtig, ohne bürokratische Hindernisse SpezialistInnen aus dem Ausland einstellen zu können. Der freie Personenverkehr erlaubt dies.

Neue Chancen für die Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sind in der EU, wie in der Schweiz, unter Druck. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Schweizer Bauern auf profitable Marktnischen spezialisieren. Die Schweiz ist in Sachen Bioproduktion weltweit an der Spitze. Das ist gut so, denn im Zeitalter von «hors sol» und Gentomaten sind natürliche Lebensmittel immer mehr gefragt.

Der Euro – gut für die Schweiz

Der Euro ist Realität. Rund um die Schweiz herum gilt nun dieselbe Währung für Handel und Tourismus. Das Wechselkursrisiko fällt dahin. Preise können von Land zu Land auf einen Blick verglichen werden: Davon profitieren die KonsumentInnen ganz direkt. Eine unabhängige Zentralbank sorgt für tiefe Inflation und Stabilität. Solange die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, kann sie von diesen Vorteilen nicht profitieren. Wir sind weiterhin dem Wechselkursrisiko ausgesetzt und können Preise nur mühsam vergleichen. Und weil der Franken eine traditionelle Fluchtwahrung ist, kann sein Kurs jederzeit in die Höhe schnellen, was für unsere Exportindustrie katastrophal wäre. Da der grösste Teil unseres Aussenhandels mit der EU stattfindet, wären wir als Teilnehmer an der Währungsunion auch vor einem schwächeren Euro geschützt.

Beiträge, Steuern, Zinsen

Die reichen europäischen Staaten finanzieren die EU – und damit die Solidarität mit den ärmeren Ländern – zum Teil seit Jahrzehnten. Nur der reichste unter ihnen verhält sich, als gehe ihn der Bau des gemeinsamen europäischen Hauses nichts an.

Beiträge: 3.4 Milliarden...

Die Schweiz müsste bei einem Beitritt rund 4.6 Mia. Franken pro Jahr an den EU-Haushalt bezahlen. Im Gegenzug erhielte sie etwa 1.2 Mia. aus Brüssel. Ein EU-Beitritt kostet also netto rund 3.4 Milliarden Franken im Jahr. Die Schweiz wäre demnach eine Nettozahlerin. Wieso sollten wir einen Beitrag in dieser Höhe leisten?

... die sich mehr als nur auszahlen.

Der EU-Beitritt bringt der Volkswirtschaft gewichtige Vorteile: Diskriminierungen aller Art fallen weg; bei den technischen Standards und beim Währungsrisiko erhalten Schweizer Unternehmungen gleich lange Spiesse, unser Binnenmarkt würde von 7 auf über 370 Millionen KonsumentInnen anwachsen. Kurz: die Schweizer Wirtschaft erhält bessere Rahmenbedingungen, was mithilft, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand zu sichern.

Höhere Mehrwertsteuer: Kompensation möglich

Die Mehrwertsteuer muss in den EU-Mitgliedstaaten bei mindestens 15% liegen. Durch diese Erhöhung erhielte der Bund Mehreinnahmen von rund 15 Mia. Franken im Jahr, mit denen die netto 3,4 Mia. Beiträge an die EU bezahlt würden. Die verbleibenden 11 Mia. müssen zur Senkung anderer Steuern eingesetzt werden, damit die Gesamtsteuerbelastung nicht oder nur in verkraftbarem Masse ansteigt.

Zinsdifferenz klein

Die Zinsen liegen in der Schweiz geringfügig tiefer als im Euro-Raum. Doch sind dort die Zinsen in der Erwartung der Währungsunion ständig gesunken. Da die Schweiz und die wichtigsten EU-Länder sehr ähnliche Konjunkturzyklen haben, sollte die Zinsdifferenz klein bleiben oder sogar weiter abnehmen. Das Zinsniveau in Europa ist seit Mitte der 90er Jahre zudem stetig gesunken.

Beitrittskosten sind relativ

Die Beitrittskosten müssen im Rahmen des Bundesbudgets und im Verhältnis zu anderen Ausgaben betrachtet werden. Sie betragen nicht mehr als 6,5% des Bundeshaushalts, etwa gleichviel wie die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft und weniger als die Schuldzinsen des Bundes (Zahlen 1998). Ausserdem sorgen die Zahlungen an ärmere Mitgliedsländer für mehr Wachstum und Stabilität in Europa, was auch der Schweiz zugute kommt. Ferner würden die Beitrittskosten durch die höheren Gewinne der Wirtschaft mehr als nur kompensiert.

Alternativen zum EU-Beitritt?

Die Alternativen zum EU-Beitritt sind allesamt nur Flickwerk und bieten uns weniger statt mehr Selbstbestimmung. Nur die volle Mitgliedschaft in der EU bringt uns Mitgestaltung und schützt uns vor Diskriminierungen.

Der Alleingang

würde die Schweiz politisch, wirtschaftlich und kulturell isolieren und sie zum Sonderling in Europa machen. Kein einziges Land in Europa verzichtet auf zeitgemässe vertragliche Beziehungen zur EU. Unser geltendes Freihandelsabkommen stammt aus dem Jahr 1972, ist völlig überholt und gibt unseren Firmen keinen Zugang zum EU-Binnenmarkt. Die Idee, statt der EU beizutreten, Freihandelsabkommen mit den USA und Ostasien abzuschliessen, ist geographisch abstrus, wirtschaftlich unhaltbar und politisch unrealistisch.

Die bilateralen Abkommen

beheben die Benachteiligungen der Schweiz im Binnenmarkt nicht, sondern mildern lediglich die ärgsten von ihnen. Sie sind nur eine kurzfristige Lösung, machen jedoch innenpolitisch Sinn, weil so die Schweiz stufenweise an den Binnenmarkt herangeführt wird.

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

brächte den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Er würde aber das Abseitsstehen vom politischen Einigungsprozess zementieren. Die Schweiz würde zum «zugewandten Ort» der EU und müsste deren Gesetzgebung übernehmen, ohne selbst darauf Einfluss nehmen zu können.

Die EU ist vor allem ein politisches Projekt

Wirtschaftliche Nachteile eines Drittstaates können durch bilaterale Verträge teilweise, wenn auch mit hohen Kosten, aufgefangen werden. Die politische Isolation jedoch ist nur mit einem EU-Beitritt zu überwinden.

Alle Alternativen würden die Schweiz zum wirtschaftlichen Anhängsel der EU machen, ohne dass sie deren weitere Entwicklung mitbestimmen könnte. Sie bringen der Schweiz nicht mehr, sondern weniger Selbstbestimmungsrechte. Die Schweiz würde zur Trittbrettfahrerin Europas und liesse die anderen für Frieden und Stabilität sorgen. Eine solche Vogel-Strauss-Mentalität ist der Schweiz unwürdig.

Eine kurze Geschichte der EU

- 1951** Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
- 1957** Mit den Römischen Verträgen werden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Euratom gegründet
- 1959** Die Europäische Freihandelszone EFTA wird als Konkurrenz zur EWG gegründet
- 1972** Dänemark, Grossbritannien und Irland treten der EG bei
- 1979** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
- 1981** Griechenland stösst zur EG
- 1986** Portugal und Spanien werden EG-Mitglieder
- 1987** Einheitliche Europäische Akte: der Binnenmarkt soll vollendet werden
- 1992** Binnenmarkt ist vollendet
- 1992** Entstehung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Die Schweiz ist als einziges Land Westeuropas nicht dabei.
- 1993** Der Maastrichter Vertrag tritt in Kraft, die EG wird zur EU. Die EU gibt sich eine Aussen- und Innenpolitik. Das Subsidiaritätsprinzip belässt Entscheidungen auf der tiefstmöglichen Ebene: die EU erledigt nur die Aufgaben, welche auf dieser Stufe Sinn machen.
- 1995** Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei. Norwegen lehnt den Beitritt ab, bleibt aber im EWR.
- 1998** Beitrittsverhandlungen mit fünf mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zypern werden aufgenommen.
- 1999** Der Euro ist Realität, aber vorerst nur als Buchgeld.
- 1999** Der Vertrag von Amsterdam verstärkt die Aussen- und Sicherheitspolitik, die EU-Innenpolitik und macht die EU beschlussfähiger. Das Europäische Parlament erhält mehr Rechte.
- 2002** Euro-Noten und -Münzen werden eingeführt, die nationalen Währungen verschwinden

Dieser Text wurde im Frühjahr 1999 erarbeitet von der Kommunikationskommission der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS)
© Neue Europäische Bewegung Schweiz, Beaulieustrasse 78, Postfach 49, 3000 Bern 26,
mail: europa@europa.ch, internet: <http://www.europa.ch>

Der Text kann als Broschüre gratis bei obenstehender Adresse bezogen werden.
Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet.